

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt, von der Petition Kenntnis zu nehmen, ihr aber keine Folge zu geben.

Proposition de la commission

La commission propose de prendre acte de la pétition sans y donner suite.

Angenommen – Adopté

93.435

**Parlamentarische Initiative
(Blatter)
Unterschriftenrecht
bei Referenden und Volksinitiativen
Initiative parlementaire
(Blatter)
Référéndums et initiatives populaires.
Droit de signature**

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 29. April 1993

Gestützt auf Artikel 21bis des GVG unterbreite ich in Form einer allgemeinen Anregung folgende parlamentarische Initiative:

Im Interesse der Rechtssicherheit und zur Verhinderung von Missbrauch dürfen die Unterschriftenbogen von Volksinitiativen und Referenden nur auf den von einer Gemeinde bezeichneten Stellen rechtsgültig unterzeichnet werden. Da dieser Gang auf ein Amt für den Stimmbürger beschwerlich ist und er dadurch gegenüber der bisherigen Regelung in der Ausübung seiner Volksrechte benachteiligt wird, ist die Unterschriftenzahl für Referenden und Volksinitiativen entsprechend zu reduzieren.

Texte de l'initiative du 29 avril 1993

Me fondant sur l'article 21 bis de la loi sur les rapports entre les Conseils, je dépose l'initiative parlementaire suivante, formulée en termes généraux:

Afin de préserver la sécurité du droit et d'empêcher les abus, les listes de signatures à l'appui d'initiatives populaires et de référendums ne doivent pouvoir être valablement signées qu'auprès de services désignés par les communes. Etant donné que cette obligation de s'adresser à un service impose une charge au citoyen et lui rend l'exercice des droits populaires plus difficile que dans la situation juridique actuelle, les nombres de signatures requis pour l'aboutissement des référendums et des initiatives populaires doivent être réduits en conséquence.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Engler (1)

Heberlein Trix (R, ZH) unterbreitet im Namen der Staatspolitischen Kommission (SPK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Wir unterbreiten Ihnen gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes den Bericht der vorprüfenden Kommission über die von Nationalrat Blatter am 29. April 1993 eingereichte parlamentarische Initiative.

Die Initiative verlangt, dass im Interesse der Rechtssicherheit und zur Verhinderung von Missbrauch die Unterschriftenbogen von Volksinitiativen und Referenden nur auf den von einer Gemeinde bezeichneten Stellen rechtsgültig unterzeichnet werden dürfen. Als Kompensation für diese Erschwerung der Unterschriftenabgabe sei die Unterschriftenzahl für Referenden und Volksinitiativen entsprechend zu reduzieren.

Die Kommission hat am 19. November 1993 den Initianten angehört.

*Schriftliche Begründung des Initianten**Einleitung*

Mein Vorschlag in Form einer allgemeinen Anregung geht in zwei Richtungen. Einerseits wird das Unterschreiben von Referenden und Initiativen erschwert, und andererseits wird diese Erschwernis durch eine Reduktion der Unterschriftenzahl kompensiert.

Ich bin mir bewusst, dass diese beiden Anliegen auf zwei verschiedenen Rechtsetzungsstufen (Verfassung und Bundesgesetz über die politischen Rechte) geregelt sind und dass man das von mir gewünschte Junktim voraussichtlich so lösen könnte, indem beide Anliegen auf Verfassungsstufe geregelt werden.

Hinweis auf weitere parlamentarische Vorstösse

Im Ständerat hat Herr Ständerat Petitpierre mit einer Motion (92.5125) verlangt, dass die Unterschriften für Referenden und Volksinitiativen in kantonalen und kommunalen Büros entgegengenommen werden müssen. Der Ständerat hat die Motion lediglich in Form eines Postulates überwiesen.

Im Nationalrat sind zwei parlamentarische Initiativen eingereicht worden, die beide verlangen, dass die Zahl der Unterschriften bei Referenden und Volksinitiativen zu erhöhen sind (92.410 Pa. Iv. Rychen und 92.411 Pa. Iv. Seiler Hanspeter). Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat beschlossen, diesen beiden parlamentarischen Initiativen keine Folge zu geben.

Missbrauch des Initiativ- und Referendumsrechts

Mein Vorstoss und die weiteren erwähnten politischen Vorstösse sind Reaktionen auf Vorfälle der letzten Jahre, die eindeutig beweisen, dass mit dem Sammeln von Unterschriften Missbrauch betrieben wird, und dass die Kontrollorgane (Gemeindekanzleien) vielfach überfordert sind, die Kontrolle termingerecht durchzuführen.

Wir erinnern uns an die peinliche Zitterpartie beim Neat-Referendum. Zuerst erklärte man, das Referendum sei wegen der grossen Zahl von ungültigen Unterschriften nicht zustande gekommen; dann hat man plötzlich korrigiert und erklärt, das Referendum sei nun doch hauchdünn zustande gekommen.

Alle, die in die Kontrollarbeit der Gemeindekanzleien Einblick haben, können mir bestätigen, dass sich diese Kontrollen äusserst mühsam gestalten. Die Zeit drängt jeweils, und zusätzliches Personal steht nicht zur Verfügung. Die Unterschriften sind oft schlecht lesbar. Wenn viele Unterschriftenbogen vorliegen, ist die Kontrolle, ob jemand mehr als einmal unterzeichnet hat, sehr zeitaufwendig. Dann muss kontrolliert werden, ob die unterzeichnende Person tatsächlich stimmberechtigt ist. Diese zeitaufwendigen Kontrollarbeiten müssen vereinfacht und verbessert werden.

Man weiss seit Jahren, dass mit den Unterschriften problemlos Missbrauch getrieben werden kann, indem man den Unterschriftenbogen mit Namen und Vornamen aus dem Telefonbuch jeweils ergänzt, ohne dass der Betroffene davon Kenntnis hat und ohne dass die Gemeindekanzlei in der Lage ist, diesen widerrechtlichen Sachverhalt zu kontrollieren und den Namen auf dem Bogen als ungültig zu streichen.

Einen weiteren negativen Punkt bildet der Einfluss des Geldes beim Sammeln von Unterschriften. Seit Einführung des Referendumsrechts im Jahre 1874 zieht sich bis heute der rote Faden der Kritik durch den Blätterwald der Schweizer Presse. Uns allen sind Fälle bekannt (Referendum gegen die Parlamentsreform), bei denen für das Sammeln von Unterschriften und für den Grossversand Geldbeträge ausgerichtet wurden. Die negativen Beispiele könnten beliebig erweitert werden.

Seit 1874 versucht man vergeblich, diese Missstände zu beheben. Durch die Bevölkerungszunahme, die modernen Kommunikationsmittel und zahlreichen PR- und Versandorganisationen hat sich die Situation gegenüber früheren Zeiten drastisch verschlechtert und zugespitzt; die Behebung der Missstände drängt sich heute dringend auf.

Mehr- oder Minderarbeit für die Kontrollorgane

Mit meinem Vorschlag wird die Kontrollarbeit bei der Prüfung der Unterschriften ganz wesentlich vereinfacht. Der Unter-

zeichnende weist sich gegenüber dem Beamten über sein Stimmrecht aus. Die Unterschrift wird mit der Unterzeichnung automatisch kontrolliert. Durch die Herabsetzung der Unterschriftenzahl sind weniger Unterschriften zu kontrollieren. Man erreicht somit, dass die Kontrolle wesentlich verbessert und vereinfacht wird, und spart damit Verwaltungskosten. Verbesserung der Rechtssicherheit und Verhinderung von Missbrauch

Durch die Unterschrift auf dem Amt ist die Kontrolle sehr einfach und vollumfänglich gewährleistet. Die Anzahl der gültigen Unterschriften kann so wesentlich rascher und zuverlässiger ermittelt werden. Die bisherigen Möglichkeiten des Missbrauches werden alle ausgeschaltet. Dadurch erhalten wir eine wesentlich bessere Rechtssicherheit im Bereich der Referenden und Volksinitiativen.

Ungeschmälerte Respektierung der bisherigen Volksrechte
Der Gang auf ein Amt ist beschwerlich. Auf die besondere Situation von behinderten Personen ist speziell Rücksicht zu nehmen. Das Sammeln von Unterschriften wird damit ganz eindeutig erschwert. Ich verstehe aus diesem Grund das Unbehagen gegenüber einer solchen Lösung. Die Diskussion im Ständerat zur Motion Petitpierre hat dies klar aufgezeigt.

Wir müssen daher nach einer Lösung suchen, die die bisherigen Volksrechte auch in Zukunft nicht einschränkt. Ich habe aus diesem Grund meinen Vorschlag an die Bedingung geknüpft, dass man die minimale Unterschriftenzahl für Referenden und Volksinitiativen drastisch, d. h. dem Erschwernis entsprechend, reduziert.

Wenn wir die Bevölkerungszunahme in Betracht ziehen, so könnte ich mir durchaus vorstellen, dass eine Reduktion auf 30 000 bis 40 000 respektive 70 000 bis 80 000 Unterschriften einen vernünftigen Ausgleich darstellen würde. Ich erwähne diese Zahlen jedoch nur als Beispiel, sie sind in keiner Art und Weise verbindlich. Entscheidend scheint mir, dass die bisherigen Volksrechte auch in Zukunft vollumfänglich gewahrt bleiben.

Schlussfolgerungen

Ich halte fest, dass die bisher eingereichten Vorstösse weder im Ständerat noch im Nationalrat zu einer Lösung geführt haben. Andererseits ist das Unbehagen und die Problematik bekannt und mit der steigenden Bevölkerungszahl jedes Jahr brisanter und unhaltbarer.

Mein Vorschlag ist eine weitere ergänzende Idee, wie man das Problem der Rechtsunsicherheit und der Missstände im Bereich der Referenden und Volksinitiativen so lösen könnte, dass man:

1. die Kontrolle vereinfacht, dadurch Zeit und Kosten spart und der gesamte Missbrauch unterbunden wird;
2. die bisherigen Volksrechte auch in Zukunft ungeschmälert garantiert werden.

Ich ersuche Sie, aus diesen Gründen dieser parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Erwägungen der Kommission

Argumente gegen eine Unterzeichnung von Initiativen und Referenden auf Amtsstellen

Die Kommission erachtet die vom Initianten vorgeschlagene Reform als einen zu tief gehenden Einschnitt in die traditionelle Ausübung der Volksrechte. Ihrer Ansicht nach stellt der Dialog zwischen den politischen Gruppierungen und den Bürgern und Bürgerinnen einen wichtigen Bestandteil der Kultur der direkten Demokratie dar. Dieser Dialog geschieht vor allem auch beim Sammeln von Unterschriften für Volksbegehren auf öffentlichen Plätzen, im direkten Gespräch zwischen Vertreterinnen und Vertretern von bestimmten Anliegen und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern. Diese Art von Kommunikation leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung der Entfremdung der Bürger und Bürgerinnen von der Politik. Sie würde durch die vom Initianten verlangte Unterzeichnung von Initiativen und Referenden auf Amtsstellen arg eingeschränkt. Die Propaganda für Initiativen und Referenden fände als Folge einer solchen Reform kaum mehr beim traditionellen Unterschriftensammeln auf der Strasse statt. Dagegen würde die schriftliche Werbung via Post, die sich in erster Linie finanzstarke Komitees leisten können, überhand nehmen. Somit

ginge nicht nur ein zentrales Element der politischen Kommunikation verloren, sondern es würden auch die finanzstarken Gruppierungen bevorteilt.

Der Gang auf eine Amtsstelle fällt vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht leicht, ein gewisses Misstrauen gegenüber Behördenvertretern ist in der Bevölkerung relativ verbreitet. Es ist deshalb nicht unproblematisch, wenn die einzelne Bürgerin, der einzelne Bürger einer Amtsperson gegenüber quasi öffentlich kundtun muss, dass er oder sie ein Volksbegehren unterschreiben will. Im weiteren ist auch an Invalide oder ältere und gebrechliche Leute zu denken, denen der Gang auf die Amtsstelle nicht ohne weiteres zugemutet werden kann.

Massnahmen gegen Missbräuche bei Unterschriftensammlungen im Rahmen der Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte

Über Missbräuche beim Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden liegen keine Untersuchungen vor. Allerdings kommen Missbräuche in Einzelfällen sicher vor, gewisse Ungereimtheiten mögen bestehen. Massnahmen gegen mögliche Missbräuche sind im Rahmen der laufenden Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (93.066) vorgesehen. So soll in den Artikeln 61 und 70 festgehalten werden, dass bei der Unterzeichnung von Referenden bzw. Initiativen neben dem blockschriftlichen Namenszug inskünftig zusätzlich noch die eigenhändige Unterschrift anzubringen ist. Wer andere Namen als den eigenen auf einen Unterschriftenbogen setzen will, muss also eine Unterschriftenfälschung begehen.

Diese vorgesehenen Regelungen stellen ein taugliches Mittel dar zur Verhinderung von Fremdunderzeichnungen und somit zur Verhinderung des wohl am häufigsten vorkommenden und auch vom Initianten hervorgehobenen Missbrauchs bei der Unterschriftensammlung für Volksbegehren. Die Vorschläge der parlamentarischen Initiative hingegen gehen zu weit, indem sie die Unterschriftensammlung allzu sehr erschweren und die Kommunikation zwischen den politischen Gruppierungen und den Bürgerinnen und Bürgern zu sehr beeinträchtigen.

Heberlein Trix (R, ZH) présente au nom de la Commission des institutions politiques (CIP) le rapport écrit suivant:

Conformément à l'article 21ter de la loi sur les rapports entre les Conseils, nous vous soumettons le rapport de la commission chargée de l'examen préalable de l'initiative parlementaire déposée le 29 avril 1993 par M. Blatter, conseiller national.

Cette initiative demande, afin de préserver la sécurité du droit et d'empêcher les abus, que les listes de signatures à l'appui d'initiatives populaires et de référendums ne puissent être valablement signées qu'auprès de services désignés par les communes. L'exercice des droits populaires étant de ce fait rendu plus difficile, les nombres de signatures requis devraient être réduits en conséquence.

La commission a entendu l'auteur de l'initiative le 19 novembre 1993.

Développement par écrit de l'auteur de l'initiative

Introduction

Ma proposition, rédigée en termes généraux, va dans deux sens. D'une part, elle rend la signature d'initiatives et de référendums plus difficile; mais cette circonstance est d'autre part compensée par la réduction du nombre requis de signatures. Je sais que ces deux questions sont réglées à des niveaux législatifs différents (constitution, loi fédérale sur les droits politiques) et qu'on pourrait probablement réaliser mon double projet en traitant le tout dans la constitution.

Référence à d'autres interventions parlementaires

Au Conseil des Etats, M. Petitpierre a demandé, dans une motion (92.5125), que les signatures en faveur de référendums et d'initiatives populaires soient apposées sur les listes dans des bureaux cantonaux ou communaux. Le Conseil des Etats a choisi de transmettre cette suggestion sous la forme moins impérative du postulat.

Au Conseil national, on a déposé deux initiatives parlementaires demandant toutes deux l'augmentation du nombre des si-

gnatures requis pour les référendums et pour les initiatives populaires (92.410, initiative parlementaire Rychen, et 92.411, initiative parlementaire Seiler Hanspeter). La commission des institutions politiques du Conseil national a décidé de ne pas y donner suite.

Usage abusif du droit d'initiative et de référendum

Ma proposition et les autres interventions politiques mentionnées sont des réactions à des événements advenus ces dernières années et qui prouvent sans équivoque que des abus se produisent lors des collectes de signatures et que les services chargés du contrôle, à savoir les chancelleries des communes, ont souvent de la peine à effectuer leur tâche dans les délais.

L'incertitude qui a pesé sur l'aboutissement de la demande de référendum sur les NLFA est encore dans toutes les mémoires. On a d'abord affirmé qu'en raison du grand nombre de signatures non valables, le référendum avait échoué; changeant subitement d'avis, on a ensuite déclaré que le référendum avait quand même abouti de justesse.

Tous ceux qui connaissent le travail des chancelleries communales peuvent confirmer que ces contrôles sont extrêmement pénibles. Les délais sont chaque fois trop courts et on manque du personnel supplémentaire nécessaire. Les signatures sont souvent difficiles à lire. Lorsqu'il y a plusieurs listes de signatures, il faut beaucoup de temps pour s'assurer qu'une personne n'a signé qu'une unique fois. Ensuite, il faut déterminer si la personne en question est habilitée à voter. Ces travaux de contrôle fastidieux doivent être simplifiés et améliorés.

On sait depuis des années qu'il est facile de falsifier les listes de signatures; il suffit de compléter ces listes en y ajoutant des noms et prénoms tirés d'un annuaire téléphonique à l'insu de l'intéressé, sans que la chancellerie de la commune puisse établir cette falsification et déclarer la signature non valable pour la rayer de la liste.

Un autre point contestable est l'influence de l'argent lors de la collecte des signatures. Depuis l'institution du droit de référendum en 1874, la critique de cet aspect de la question n'a pas cessé dans la presse suisse. Nous avons tous connaissance de cas (par exemple lors du référendum contre la réforme du Parlement) dans lesquels des sommes importantes ont été versées pour la collecte des signatures et pour des envois de masse. On pourrait sans difficulté multiplier ces exemples fâcheux.

Depuis 1874, on s'efforce vainement d'empêcher ces abus. L'augmentation de la population, les moyens de communication modernes et la multiplicité des agences de publicité et d'organisations qui se chargent de l'expédition ont aggravé considérablement la situation, de sorte que la lutte contre les abus est devenue d'autant plus importante.

Surcroît ou réduction de travail pour les organes de contrôle? L'adoption de mon projet faciliterait considérablement la vérification des signatures. En effet, le signataire devrait se légitimer auprès du fonctionnaire qui déterminerait s'il a le droit de vote. La signature serait automatiquement contrôlée lorsqu'elle serait apposée. La diminution du nombre de signatures requis pour l'aboutissement d'un projet réduirait aussi le nombre de signatures à contrôler. On arriverait ainsi à améliorer et à simplifier considérablement le contrôle et à réduire les frais administratifs.

Amélioration de la sécurité juridique et prévention d'abus

L'obligation d'apposer la signature auprès d'un service de l'administration rend le contrôle très simple et sûr. On peut ainsi établir beaucoup plus rapidement et sûrement si le nombre requis de signatures a été obtenu. Toutes les formes d'abus concevables jusqu'à présent sont éliminées. De la sorte, on améliorerait considérablement la sécurité juridique dans le domaine des référendums et des initiatives populaires. Garantie des droits populaires sous leur forme actuelle

Il est ennuyeux de devoir se rendre dans un bureau administratif. Il faudra prendre en considération la situation spéciale des handicapés. Cela rend la collecte des signatures manifestement plus difficile. Je comprends donc les réserves que suscite cette solution. La discussion qui a eu lieu au Conseil des Etats au sujet de la motion Petitpierre l'a montré clairement.

Par conséquent, nous devons chercher une solution qui n'enlève pas l'examen des droits populaires sous leur forme actuelle. C'est la raison pour laquelle j'ai posé comme condition à l'adoption de mon projet que l'on réduise de manière draconienne, à savoir conformément au degré de difficulté, les nombres requis de signatures pour l'aboutissement des référendums et des initiatives populaires.

Si nous tenons compte de l'augmentation de la population, il est tout à fait possible, à mon avis, d'abaisser à 30 000 à 40 000 et à 70 000 à 80 000 les nombres requis et d'établir ainsi un équilibre. Cependant, je ne donne ces exemples qu'à titre indicatif; ils n'ont aucun caractère impératif. Il me semble essentiel que les droits populaires continuent à être exercés comme ils l'ont été jusqu'à présent.

Conclusions

Je maintiens que les interventions faites jusqu'à présent au Conseil des Etats et au Conseil national n'ont pas apporté de solution. D'autre part, le problème est connu, ainsi que le malaise qu'il suscite; il s'aggrave chaque année avec l'accroissement de la population et devient insupportable.

Ma proposition est une nouvelle contribution aux efforts faits pour résoudre le problème de l'insécurité juridique et les autres inconvénients constatés en matière de référendums et d'initiatives populaires et vise à réaliser les deux objectifs suivants:

1. simplifier le contrôle, afin d'économiser du temps et de l'argent et d'empêcher tout abus; et
2. garantir à l'avenir aussi le plein exercice des droits populaires actuels.

Je vous demande, au vu de ces considérations, de donner suite à mon initiative parlementaire.

Considérations de la commission

Arguments contre la signature d'initiatives et de référendums auprès de services officiels

Aux yeux de la commission, la réforme proposée par l'auteur de l'initiative restreint de manière excessive l'exercice traditionnel des droits populaires. En effet, elle considère le dialogue entre les divers groupements politiques et les citoyens comme partie intégrante de la démocratie directe. La communication s'établit avant tout lors du collectage de signatures dans les lieux publics, lorsque les promoteurs des initiatives et des référendums et les citoyens se trouvent en contact direct. Ce genre de communication, auquel la signature d'initiatives et de référendums auprès de services officiels constituerait une entrave, contribue notablement à réduire le désintérêt éprouvé par les citoyennes et les citoyens pour les questions politiques. En cas d'adoption d'une telle réforme, les initiatives et les référendums ne pourraient plus bénéficier d'une promotion équivalente à celle que leur apporte le collectage traditionnel de signatures dans les lieux publics. La propagande écrite par voie postale, avant tout à la portée de comités disposant de moyens financiers en conséquence, prendrait une influence prépondérante sur la décision des votants. En conséquence, cette réforme n'entraînerait pas seulement la perte d'un élément central de la communication politique, mais favoriserait également les groupements dotés d'une assise financière importante.

De nombreux citoyens et citoyennes hésitent à se rendre dans un service officiel en raison de la défiance qu'ils éprouvent à l'encontre des représentants des autorités. Le fait qu'un citoyen doive manifester pour ainsi dire publiquement au préposé d'une administration son intention de signer une initiative ou un référendum s'avère donc problématique. Il convient en outre de ne pas oublier les personnes âgées ou handicapées que l'on ne peut contraindre à un tel déplacement.

Mesures contre les abus lors du collectage de signatures dans le cadre de la révision de la loi fédérale sur les droits politiques. Jusqu'à ce jour, aucune étude n'a été réalisée sur les fraudes commises lors du collectage de signatures pour les initiatives et les référendums malgré la présence probable d'irrégularités dans certains cas. Des mesures contre des abus éventuels ont été prévues dans le cadre de la révision en cours de la loi fédérale sur les droits politiques (93.066). C'est ainsi qu'aux termes des articles 61 et 70 de cette loi, l'électeur sera tenu d'écrire li-

siblement son nom et d'apposer sa signature sur la liste de l'initiative ou du référendum. Celui qui rajoutera un autre nom que le sien sur la liste se rendra par conséquent coupable d'une falsification de signature.

Les réglementations prévues en la matière représentent un moyen efficace de lutter contre les signatures illicites et donc contre l'abus le plus fréquent, également évoqué par l'auteur de l'initiative, commis lors du collectage de signatures en faveur d'initiatives ou des référendums.

Cependant, de l'avis de la commission, les propositions contenues dans l'initiative parlementaire sont trop radicales dans la mesure où elle affectent de manière excessive, d'une part, le collectage des signatures et, d'autre part, la communication entre les groupements politiques et les citoyens.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 14 zu 2 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, der Initiative keine Folge zu geben.

Proposition de la commission

La commission propose, par 14 voix contre 2 et avec 2 abstentions, de ne pas donner suite à l'initiative.

Blatter Ulrich (C, OW): Die Ausgangslage ist klar: Die Zahl der jährlich eingereichten Volksinitiativen und Referenden steigt kontinuierlich. Wurden zwischen 1964 und 1971 noch 15 Initiativen eingereicht, waren es von 1972 bis 1979 schon 32, und zwischen 1980 und 1987 wurden gar 43 Initiativen eingereicht. Der Stimmbürger wird in immer kürzeren Intervallen an die Urne gerufen, um über immer zahlreichere und kompliziertere Vorlagen abzustimmen. Die direkte Demokratie stösst hier eindeutig an die Grenzen des Machbaren.

Nehmen wir einmal an, dass durch den Anstieg der Stimmberechtigten, durch immer noch raffiniertere Methoden der PR-Büros und Bewirtschafter von Datenbanken die Zahl der jährlich eingereichten Initiativen und Referenden weiter ansteigen wird, dann sind wir im Interesse unseres Staates verpflichtet, zu handeln und rasch etwas Vernünftiges zu unternehmen.

Wie kam es zu meinem Vorstoss? Die Motion Petitpierre (92.5125) im Ständerat wurde nur in Form eines Postulates schubladisiert. Sie verlangte, dass ein Volksbegehren auf den Gemeindekanzleien unterzeichnet werden müsse. Meine beiden Kollegen aus dem Nationalrat, Albrecht Rychen und Hanspeter Seiler, verlangten mit je einer parlamentarischen Initiative (92.410 und 92.411), dass die Unterschriftenzahl bei Initiativen und Referenden erhöht werden solle. Unser Rat hat beiden Initiativen am 17. Juni 1993 keine Folge gegeben.

Was will nun mein Vorstoss? Ich will beim Initiativ- und Referendumsrecht den Missbrauch verhindern, ohne dass dadurch ein grösserer Verwaltungsaufwand entsteht. Damit können wir eine Stärkung der Volksrechte erreichen. Im Interesse der Rechtssicherheit dürfen die Unterschriftenbogen von Volksinitiativen und Referenden nur auf den von einer Gemeinde bezeichneten Amtsstellen rechtsgültig unterzeichnet werden.

Da dieser Gang auf ein Amt für den Stimmbürger beschwerlich ist und er dadurch gegenüber der bisherigen Regelung in der Ausübung seiner Volksrechte schlechter gestellt wird, ist die Unterschriftenzahl für Referenden und Initiativen entsprechend zu reduzieren.

Mein Vorstoss in Form einer allgemeinen Anregung geht somit in zwei Richtungen: Einerseits wird das Unterschreiben von Initiativen und Referenden auf einer Amtsstelle erschwert, und andererseits wird diese Erschwernis durch die Reduktion der Zahl der Unterschriften kompensiert.

In der Kommission wurde mir vorgeworfen, der Gang auf ein Amt sei zu beschwerlich und nicht zumutbar. Ich habe diesen Vorwurf mit dem Beispiel Österreichs widerlegt, und zwar mit folgenden Zahlen, die mir von Herrn Dr. Willi zusammengestellt worden sind: In Österreich benötigt ein Volksbegehren 200 000 Unterschriften, die innert einer Woche auf den Gemeindekanzleien geleistet werden.

Sie wollen Beispiele? 1982: Volksbegehren gegen die Uno-City in Wien. In einer Woche wurden 1 361 562 Unterschriften auf den Gemeindekanzleien hinterlegt. 1985: Konrad Lorenz,

Volksbegehren für Umweltschutz. Wiederum wurden innert einer Woche 353 906 Unterschriften deponiert, usw. Von 1980 bis 1987 sind in Österreich fünf Volksinitiativen problemlos zustande gekommen.

Ich halte fest: Die bisherigen Vorstösse im Ständerat und im Nationalrat haben zu keiner Lösung geführt. Das Problem ist bekannt und mit der steigenden Bevölkerungszahl jedes Jahr brisanter und unhaltbarer. Mit meiner parlamentarischen Initiative will ich erreichen, dass die Kontrolle vereinfacht und der ganze Missbrauch unterbunden wird. Durch die Reduktion der Zahl der Unterschriften werden die bisherigen Volksrechte ungeschmälert garantiert.

Die Kommission beantragt Ihnen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Ich beantrage Ihnen, meiner parlamentarischen Initiative in Form einer allgemeinen Anregung Folge zu geben, damit das Problem, das man wirklich nicht bestreiten kann, näher geprüft werden kann.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Blatter

(Folge geben)

52 Stimmen

Für den Antrag der Kommission

(keine Folge geben)

44 Stimmen

93.445

Parlamentarische Initiative

(Zisyadis)

Finanzen der politischen Parteien.

Transparenz

Initiative parlementaire

(Zisyadis)

La transparence financière
des partis politiques

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 4. Oktober 1993

Gestützt auf Artikel 21 bis des Geschäftsverkehrsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative in Form einer allgemeinen Anregung ein:

Es ist ein Verfassungsartikel einzuführen, wonach alle Sponsoren, die die Parteien finanzieren, samt Höhe der Beträge und Herkunft der eingesetzten Gelder bekanntzumachen sind.

Ausserdem sollen die Gruppierungen, Verbände, Parteien, die zu einem Referendum oder einer Initiativ-Stellung beziehen, ihre Verbindungen zu Interessengruppen und Wirtschaftsorganisationen offenlegen.

Texte de l'initiative du 4 octobre 1993

Conformément à l'article 21 bis de la loi sur les rapports entre les Conseils, je demande, au moyen d'une initiative parlementaire conçue en termes généraux, l'introduction d'un article constitutionnel exigeant la publication des sponsors finançant les partis, avec indication des montants et origines des moyens utilisés.

Par extension, les groupes, associations, partis qui prennent position sur un référendum ou une initiative seraient tenus de publier leurs liens avec des groupes d'intérêts et des organisations économiques.

Heberlein Trix (R, ZH) unterbreitet im Namen der Staatspolitischen Kommission (SPK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Wir unterbreiten Ihnen gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes den Bericht der vorprüfenden Kommission über die von Nationalrat Zisyadis am 4. Oktober 1993 eingereichte parlamentarische Initiative.

Parlamentarische Initiative (Blatter) Unterschriftenrecht bei Referenden und Volksinitiativen

Initiative parlementaire (Blatter) Référendums et initiatives populaires. Droit de signature

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.435
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.03.1995 - 15:00
Date	
Data	
Seite	469-472
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 378

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.